

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Mehmet Yildiz (DIE LINKE) vom 03.12.13

und Antwort des Senats

Betr.: Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung – Täuscht der Senat Bürgerschaft und Öffentlichkeit?

*Senator Detlef Scheele betonte mehrfach, dass seitens freier Träger keine Konzepte und Gespräche im Bezug auf Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung vorlägen beziehungsweise geführt wurden. Dies steht im kras-
sen Widerspruch zu Medienberichten, die mindestens von einem Gespräch zwischen der BASFI und der Diakonie berichteten (vergleiche unter anderem „die tageszeitung“ vom 27.11.2013).*

Dies vorausgeschickt frage ich den Senat:

- 1. Ist es zutreffend, dass entgegen den Behauptungen des Sozialsenators Detlef Scheele, unter anderem am 5. September 2013, Gespräche zwischen dem Senat beziehungsweise der zuständigen Behörde mit der Diakonie stattgefunden haben, die sich inhaltlich auch mit Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung beschäftigten?*

Falls ja: Welche Vertreter/-innen waren anwesend und welche Themen wurden diskutiert?

Der Präses der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat zuletzt in der Sitzung des Familie-, Kinder- und Jugendausschusses der Bürgerschaft berichtet, dass die zuständige Behörde mit Vertretern der Diakonie ein Gespräch über Alternativen zur geschlossenen Unterbringung geführt hat. Das Gespräch hat am 5. September 2013 stattgefunden. Anwesend waren der Staatsrat und der zuständige Amtsleiter sowie eine Vertreterin und ein Vertreter des Diakonischen Werks und je ein/-e Vertreter/-in des Rauhen Hauses und des Margarethenhorts.

- 2. Wurde von der Diakonie ein Konzept zu Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung vorgelegt beziehungsweise wurde dies mündlich vorge-
tragen?*

Falls ja: Wie sieht dieses Konzept aus?

Nein.

- 3. Gab es mit anderen Akteuren beziehungsweise Trägern Gespräche, bei denen Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung thematisiert wurden beziehungsweise bei denen Konzepte diesbezüglich vorgelegt wurden?*

*Falls ja: Wie sehen diese Konzepte aus und von wem wurden sie vorge-
legt?*

Nein. Allerdings hat die Patriotische Gesellschaft dem zuständigen Amtsleiter ein Papier zweier Professoren der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie zugesandt und zu einem Fachgespräch eingeladen. Die Verfasser selbst sind nicht an die zuständige Behörde herangetreten.

Im Übrigen weist die zuständige Behörde darauf hin, dass die gesetzlich vorgesehene Handlungsform für Interessenten, die Alternativen zur geschlossenen Unterbringung schaffen wollen, der Abschluss von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen nach §§ 78 fortfolgende SGB VIII zwischen den betreffenden Trägern und der zuständigen Behörde ist. Bisher haben sich keine Träger mit entsprechenden Konzepten an die zuständige Behörde gewandt.

4. *Mit welchen Akteuren und Trägern hat der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde bisher Gespräche geführt, um einen Träger für eine in Hamburger Zuständigkeit befindliche Geschlossene Unterbringung zu etablieren? Wie sehen diese Konzepte aus und in welchem Beratungsstadium befinden sich die Planungen?*

Die zuständige Behörde führt Gespräche mit mehreren Interessenten, die grundsätzlich bereit sind, Plätze zu schaffen, in denen Hamburger Minderjährige gemäß § 34 SGB VIII in Verbindung mit § 1631 BGB untergebracht werden können. Die Gespräche befinden sich in einer Sondierungs- und Klärungsphase, daher können die beteiligten Träger zurzeit nicht genannt werden. Im Übrigen sind die Planungen noch nicht abgeschlossen.